



INHALT NOVEMBER 2009

SEITE 1

ALLE HABEN EIN RECHT AUF EINE GUTE ZUKUNFT

Interview mit Michael Vassiliadis

SEITE 2

RECHTSEXTREME WERBUNG IM INTERNE

Google-Anzeigen wirbt für NPD

FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS – (K)EIN THEMA?

Neuer Flyer der IG Metall klärt auf

SCHUTZSCHIRM FÜR FLÜCHTLINGSRECHTE!

Wirtschaftskrise gefährdet den sicheren Aufenthaltsstatus vieler Flüchtlinge

SEITE 3

ERWEITERTER VORSTAND

Kumpelverein stellt sich auf breite Basis

GESCHICHTE UND PERSPEKTIVE GEWERKSCHAFTLICHER GEGENWEHR GEGEN NPD & CO

Arbeitsgruppe Rechtsextremismus in ver.di Berlin Brandenburg entwickelt Ausstellung

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

SEITE 4

„WER IN DER DEMOKRATIE SCHLÄFT, WACHT IN DER DIKTATUR AUF“

Berufsbildende Schule Zweibrücken für Engagement gegen Rassismus geehrt.

FILM DES MONATS:

Ein Herr aus Kars



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

„ALLE HABEN EIN RECHT AUF EINE GUTE ZUKUNFT“

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE im Interview



Michael Vassiliadis wurde 1964 in Essen geboren und absolvierte eine Ausbildung als Chemielaborant. Seit über zwanzig Jahren ist er für die Gewerkschaft tätig - seit 2004 als Mitglied des geschäftsführenden IG-BCE-Hauptvorstandes. Im September wurde er zum neuen Vorsitzenden der IG BCE gewählt. Dies nahm Aktiv + Gleichberechtigt zum Anlass für ein Gespräch

Du bist in diesen Tagen zum ersten Vorsitzenden einer deutschen Gewerkschaft mit Migrationshintergrund gewählt worden. Dazu zunächst einmal unsere herzlichsten Glück- und Erfolgswünsche. Welche Rolle spielt dies für dich und deine zukünftige Arbeit?

Dass ich Sohn eines Migranten bin stimmt, dazu stehe ich. Was mich allerdings wundert ist, dass ich immer wieder darauf angesprochen werde. Dass jemand mit Migrationshintergrund verantwortliche Aufgaben in der bundesrepublikanischen Gesellschaft übernimmt, muss heute nicht mehr als was außergewöhnliches, sondern als normal betrachtet werden.

Immer wieder ist in den Medien von den schlechteren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf einen Ausbildungsplatz zu lesen. Wie unterstützt die IG BCE als Gewerkschaft junge MigrantInnen bei ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsleben?

Schon mit Blick auf den demografischen Wandel müssen wir uns ganz besonders um junge Menschen mit Migrationshintergrund bemühen, d. h. wir müssen sie im konkreten Alltag begleiten und so ihre Integration fördern. Vor dem Hintergrund einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit, hat unsere Gewerkschaft bereits 1977 mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) Vereinbarungen geschaffen, um benachteiligte Jugendliche zu fördern. Dazu zählten und zählen immer noch viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. So entstand ein Tarifvertrag, der besonders Jugendliche ohne Schulabschluss förderte. Diese Tariftradition wurde kontinuierlich fortgesetzt. Auch der im Jahre 2003 abgeschlossene Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ ist beispielhaft. Ziel ist es, ein möglichst hohes Ausbildungsniveau zu erhalten und auszubauen.

Was erwartest du in dieser Beziehung von den Arbeitgebern?

Ich erwarte, dass der BAVC gemeinsam mit uns diesen spezifischen Aspekt der Tarifpolitik konsequent fortsetzt und die Arbeitgeber aus anderen Bereichen auch die Bereitschaft zeigen, ähnliche Tarifverträge abzuschließen.

Was muss deiner Meinung nach getan werden, damit Migrantinnen und Migranten nicht zu den einseitigen VerliererInnen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise werden?

Um zu verhindern, dass benachteiligte Gruppen in den Betrieben, dazu zählen sicherlich auch Migrantinnen und Migranten, die Zeche der Krise bezahlen, müssen die Unternehmen mehr in Ausbildung und Weiterbildung investieren. Weiter müssen alters- und altersgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden. Und schließlich geht es um sichere und gute Arbeit mit verlässlichen Einkommen: Leiharbeit und andere Formen unsicherer Beschäftigung haben mit „Guter Arbeit“ nichts zu tun.

Welche Wünsche hast du an die zukünftige Bundesregierung in Sachen Migrations- und Integrationspolitik?

Alle Menschen, die in unserem Land leben, haben ein Recht auf eine gute Zukunft. Ich erwarte, dass die neue Bundesregierung endlich eine Integrationspolitik entwickelt, die diesen Namen auch verdient. Das fängt beim Sprachunterricht in den Kindergärten und Schulen an und hört beim Wahrecht nicht auf.

Wie ist die Position der IG BCE zur immer wieder kehrenden Diskussion um ein Verbot der NPD?

Der vor wenigen Wochen beendete IG-BCE-Kongress hat einhellig die Forderung nach einem Verbot der NPD beschlossen. Eine Demokratie muss sich gegen ihre Feinde wehren. Gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit findet man uns immer in der ersten Reihe.

Du bist Fördermitglied im Kumpelverein, was hat dich dazu bewegt, unsere Arbeit zu unterstützen?

Der Verein engagiert sich schon seit über zwanzig Jahren gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Innerhalb der Gewerkschaften ist das Motto „Mach meinen Kumpel nicht an!“ mit dem Logo der Gelben Hand eine feste Institution und ein übergreifendes Symbol gegen Fremdenfeindlichkeit. Gerade in Zeiten der Krise drohen menschenverachtende Ideologien wieder politikfähig zu werden. Mit der Gelben Hand kann jede und jeder in der Öffentlichkeit zeigen: „Ich bin gegen Rassismus! Ich bin für ein solidarisches Miteinander“. Deshalb unterstütze ich „Mach' meinen Kumpel nicht an!“

Herzlichen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei deiner neuen Aufgabe!

FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS – (K)EIN THEMA?

Neuer Flyer der IG Metall klärt auf

In den Medien wird Rechtsextremismus meist als Problem von jugendlichen und oftmals gewaltbereiten Männern dargestellt. In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Vorstellung von Rechtsextremen als kahlrasierten Kerlen in Bomberjacken und Springerstiefeln weiterhin präsent – obwohl sich das Auftreten von Rechtsextremen in den letzten Jahren gewandelt und vervielfältigt hat. Frauen waren schon immer Teil der rechtsextremen Szene, obwohl sie oftmals nicht als handelnde Personen und organisierte Rechtsextreme wahrgenommen werden. Frauen erscheinen als friedliebend, weniger gewalttätig und in rechtsextremen Zusammenhängen oftmals als unpolitische Anhängsel von Männern.

Dabei mischen sie selbst kräftig mit, z.B. im Ring Nationaler Frauen oder in der Gemeinschaft Deutscher Frauen. Sie treten als Anmelderrinnen von Demonstrationen in Erscheinung, als Organisatorinnen rechtsextremer Veranstaltungen und sind in rechtsextremen Parteien organisiert. Umfragen bestätigen, dass Frauen genauso

rassistisch eingestellt sind wie Männer. Zugleich nutzen rechtsextreme Frauen ihre Stellung auch aus, um gezielt die Zivilgesellschaft zu infiltrieren. In manchem Sportverein werden sie als hilfsbereite Ehrenamtliche geschätzt; sie engagieren sich in der Elternvertretung von Kita und Schule und werden als freundlich und hilfsbereit wahrgenommen. Nicht immer drängen bei Bekanntwerden die betroffenen Vereine und Initiativen darauf, diese Aktivitäten und Kooperationen zu beenden. Mit ihrem Flyer tritt die IG Metall der Einflussnahme und den Positionen rechtsextremer Frauen entgegen. Diese stehen im Widerspruch zu den gesellschaftspolitischen Zielen von Gewerkschaften: eine solidarische Gesellschaft, in der Frauen und Männer unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung gleiche Rechte haben!

Kontakt:

IG Metall Vorstand

Frauen- und

Gleichstellungspolitik

frauen@igmetall.de

Photo: Fyer IG Metall



RECHTSEXTREME WERBUNG IM INTERNET

Google-Anzeigen wirbt für NPD

Noch kein halbes Jahr ist vergangen, dass der Online-Buchhändler Amazon seine Geschäfts Kooperation mit der NPD beenden musste. Dies geschah auch auf Grund des massiven Drucks von GewerkschafterInnen: Sie machten öffentlich, dass sie während des Bestands der Partnerschaft keine Bücher über den größten Online-Buchhändler bestellen würden. Das Unternehmen hatte die umstrittene Werbepartnerschaft, die für die NPD eine Provision für auf ihren Seiten über Amazon verkauften, rechtsextremen Propagandaschriften vorsah, nach ihrem Bekanntwerden zunächst als ganz normale Geschäftspartnerschaft verteidigt.

Google, dem weltweiten Marktführer für Online-Suchdienste, scheinen diese Tatsachen allerdings nicht bekannt zu sein. Google platziert derzeit Werbeanzeigen für einen „NPD-Wochenbrief“ – und sieht in diesem Vorgang kein Problem. Über die Google-Anzeigen ist die Propaganda für die NPD

auch von google-fremden Seiten abrufbar. Durch eine besondere Werbestrategie sogar gerade auf Internetseiten, die sich kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzen. Anzeigen erscheinen den Artikeln thematisch zugeordnet und so ist auf den Internetseiten der Tageszeitung „Die Welt“ die NPD-Anzeige mitten in einem Artikel platziert, der sich mit dem parteipolitisch-organisierten Rechtsextremismus in Hamburg auseinandersetzt. Google verteidigt seine Anzeigenpraxis damit, dass weder Anzeigentext noch der mit ihm verknüpfte Link zu Gewalt aufrufen und damit nicht gegen die internen Werbegerichtlinien verstoßen.

Die Erfahrung mit der Geschäftspartnerschaft zwischen Amazon und NPD zeigt, dass es möglich ist, durch öffentlichen Druck, auch Internetfirmen ihre Unterstützung für rechtsextreme Parteien aufgeben und eine Änderung ihrer Geschäftspraxis herbeiführen.

SCHUTZSCHIRM FÜR FLÜCHTLINGSRECHTE!

Wirtschaftskrise gefährdet den sicheren Aufenthaltsstatus vieler Flüchtlinge

Rund 100.000 Menschen leben in Deutschland mit einer Duldung. Etwa 60.000 von ihnen seit über sechs Jahren – trotz Bleiberechtsregelung. Die Festsetzung eines weit zurückliegenden Einreisestichtags hat viele von vornherein ausgeschlossen. Auch die massiv kritisierte Praxis der Ketenduldungen wurde nicht beendet. Auch eine große Zahl der derzeit Bleibeberechtigten lebt nach wie vor mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus. Angesichts der Wirtschaftskrise kann von vielen der geforderte Nachweis eines Arbeitsplatzes nicht erbracht werden. Diesen Menschen droht bis Ende 2009 der Rückfall in die Duldung und im schlimmsten Falle sogar die Abschiebung. Geduldete dürfen sich in Deutschland nicht frei bewegen. Jahrelang wurden sie durch Arbeits- und Ausbildungsverbote in soziale Abhängigkeit gezwungen. Viele Betrof-

fene fristen ein Dasein ohne Perspektive in Lagern und müssen sich von Essenspaketen ernähren. Von ausreichender medizinischer Versorgung sind sie ausgeschlossen. Das Asylbewerberleistungsgesetz behandelt Flüchtlinge wie Menschen zweiter Klasse. Ein eigenständiges Leben in Würde wird verhindert.

Um der Forderung nach einer an den Menschenrechten orientierten Migrations- und Flüchtlingspolitik Nachdruck zu verleihen hat Pro-Asyl einen Aufruf an die zukünftige Bundesregierung verfasst, der unter folgendem Link unterschrieben werden kann: www.proasyl.de/de/home/aktion-schutzschirm-fuer-fluechtlingsrechte/ Photo: Schutzschirm

GESCHICHTE UND PERSPEKTIVE GEWERKSCHAFTLICHER GEGENWEHR GEGEN NPD & CO

Arbeitsgruppe Rechtsextremismus in ver.di Berlin Brandenburg entwickelt Ausstellung

Eine Rückschau auf die Herausforderungen, vor denen gewerkschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus seit dem Ende des 2. Weltkrieges stand und steht, wagt nun die Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus in ver.di-Berlin-Brandenburg (Agrexive). Sieben Ausstellungstafeln informieren über die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenstrategien. Dabei wird einmal mehr deutlich: Gewerkschaften sind auf vielfältige Weise gegen Rechtsextremismus aktiv. Viele zivilgesellschaftliche Bündnisse werden maßgeblich von ihnen getragen. In Betrieben und Verwaltungen engagieren sich GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Denn gewerkschaftliche und rechtsextreme Zielvorstellungen und Gesellschaftsentwürfe sind unvereinbar.

Der Ausgangspunkt der Ausstellung – das Ende des zweiten Weltkrieges – hätte allerdings schwieriger kaum sein können: Während des Nationalsozia-

lismus wurden GewerkschafterInnen verfolgt und ermordet. Die antifaschistische Gegenwehr war bereits zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, am 2. Mai 1933 zerschlagen worden. Auch deshalb wird die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Gewerkschaften wach gehalten. Zugleich wurden aus diesen Erfahrungen immer auch gewerkschaftliche Stellungnahmen zu gegenwärtigen politischen Themen entwickelt: In den 50er Jahren war dies beispielsweise die Ablehnung der Wiederbewaffnung; in den 60er Jahren die gewerkschaftliche Gegnerschaft zu den Notstandsgesetzen. Aus der Erfahrung des Faschismus, so wird durch die Ausstellung deutlich, sind auch die vielfältigen Stellungnahmen gegen Krieg und Militarismus entstanden.

Gleichzeitig beleuchtet das Ausstellungsprojekt auch einen weiteren Strang gewerkschaftlicher Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus:

der Kampf gegen rechtsextreme Parteien und deren menschenverachtenden und gewerkschaftsfeindlichen Positionen. Seit der Gründung und ersten Erstarkung der NPD in den 60er Jahren haben GewerkschafterInnen deren Verbot gefordert. Ihre Aktualität hat diese Forderung noch heute nicht. In der Gegenwart ist eine Auseinandersetzung mit der zunehmenden sozialen Demagogie von Neonazis nötiger denn je.

Die insgesamt sieben Ausstellungstafeln können kostenlos bei ver.di-Berlin-Brandenburg ausgeliehen werden. Durch ihre handliche Größe können sie auch kleinflächig (Flur des Betriebsrates; Cafeteria; Kantine; Eingangsbereich) in Betrieben und Verwaltungen ausgestellt werden.

Kontakt:

Andreas Köhn

Andreas.koehn@verdi.de

Photo: verdi-Tafel

Erweiterter Vorstand Kumpelverein stellt sich auf breite Basis

Auf der letzten Mitgliederversammlung des Kumpelvereins am 16. September 2009, wurde die Erweiterung des bisherigen Vorstandes beschlossen. Neu in den Vorstand gewählt wurden Volker Roßocha (DGB-Bundesvorstand) und Bernd Vallentin (ver.di). Die im letzten Jahr gewählten Vorstandsmitglieder Giovanni Pollice (IG BCE), Sabine Hüther (IG Metall) und Michaela Dälken (DGB Bildungswerk) bleiben weiterhin im Vorstand vertreten. Damit koordinieren nun die drei größten DGB Gewerkschaften und der Dachverband selbst die Geschicke des Kumpelvereins auf Vorstandsebene.

Außerdem wurde Dietmar Schäfers von der IG BAU und Lothar Jessen vom DGB-Bildungswerk in den Verein aufgenommen. Mit der IG BAU konnte nun eine weitere Einzelgewerkschaft in den Verein aufgenommen werden.

www.gelbehand.de

Es war für die Gewerkschafter selbstverständlich, dass Anhänger des Nationalsozialismus nichts in den neuen Gewerkschaften zu suchen hatten. Dennoch gab es immer wieder extrem Rechte, die die Vorteile als Mitglieder nutzen wollten, obwohl sie grundsätzlich gegen Gewerkschaften waren. Sie wurden ausgeschlossen, wenn sie erkannt wurden. Dies galt sowohl für die westdeutschen DGB-Gewerkschaften und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, als auch für den ostdeutschen FDGB. Die westdeutschen Gewerkschaften mussten in den 60er Jahren mit dem Aufkommen der NPD ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse erneuern. Doch auch Erhebungen über Einstellungen bei Gewerkschaftern heutzutage ergeben, dass manche nicht frei von neonazistischen Ideen sind. Deswegen müssen wir noch viel deutlicher für unsere gewerkschaftliche Gegenposition gegen Neonazis eintreten.

NPD-Wähler sollen die Gewerkschaft verlassen

DAG schießt NPD-Mitglieder aus

Minuten der Stuttgarter Tagung 1964/9

Tafel 2

TERMINE

UND VERANSTALTUNGEN:

39. Recklinghäuser Tagung der IG BCE

Tagung, 5. Dez. 2009, Recklinghausen
Veranstalterin: IG BCE, Abteilung ausländische Arbeitnehmer/Migration
Die Tagung findet traditionell an jedem ersten Dezembersamstag statt. Die ausländischen und deutschen Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und Arbeitskreismitglieder der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie diskutieren über die aktuellen migrationspolitischen Entwicklungen.

Kontakt und Anmeldung:
giovanni.pollice@igbce.de

Normalzustand?

Rechte Jugendkultur

Workshops, 04. - 06.12.2009, Hattingen
Veranstalter: DGB-Jugend, NRW
Workshop 1: Autonome Nationalisten
Sie tragen "Pali-Tücher" und sehen sich selbst als "Rebellen". Wer sind eigentlich diese autonomen Nationalisten? Was sind ihre Hintergründe? Wie sind "freie Kräfte" organisiert? Warum sind sie für Jugendliche so attraktiv? All diese Fragen werden wir mit Filmen, Musik und Publikationen versuchen zu beantworten.

Workshop 2: Antikapitalismus von rechts?
Teile der nationalen Bewegung von rechts sehen sich selbst als antikapitalistisch. Ihre Parolen "zerstört das System", "Kapitalismus abschaffen", "weg mit Hartz IV" kommen uns bekannt vor. Die soziale Frage war immer ein Thema der Gewerkschaften. Nun aber treten rechte Parteien und organisierte Rechtsextreme damit auf. Wir klären, was sie wirklich sind und wollen.

Kontakt und Anmeldung:
www.streber-online.de/0912_01/

Cultural Mainstreaming.

Strategie für die Arbeitswelt?

Tagung, 11. Dez. 2009, Düsseldorf
Veranstalterin: DGB-Bildungswerk
Cultural mainstreaming hat sich zum Ziel gesetzt, Bedürfnisse und Erfahrungen im Umgang mit kultureller Vielfalt als Bestandteil von Prozessen in Gesellschaft, Organisationen, Unternehmen und Verwaltungen zu implementieren. Partizipation, gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen steht hier im Focus. Wir möchten auf der Tagung den Ansatz des cultural mainstreamings vorstellen und mit Ihnen darüber diskutieren, ob und wie dieser in der Arbeitswelt genutzt werden kann.

Anmeldung: www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NjU0Mw_.html

EIN HERR AUS KARS:

Film des Monats

Unter dem Motto „Starke Typen in Duisburg-Marxloh am Beispiel der Migration“ entstand dieser Dokumentarfilm über die Lebensgeschichte von Herrn Boy, einem Einwanderer aus der Türkei. Eine Gruppe von fünf GesamtschülerInnen führte ein Interview mit Boy, der mittlerweile an ihrer Gesamtschule als Hausmeister tätig ist. 1973 migrierte er aus Kars, einer türkischen Stadt an der Grenze zu Armenien mit vielen Schnittpunkten zu georgischer, griechischer, russischer, armenischer und türkischer Kultur, nach Deutschland. Der Film dokumentiert Boy's Erfahrungen aus seiner Anfangszeit in Deutschland in einem Wohnheim für sogenannte „Gastarbeiter“ und seinem beruflichen Lebensweg in Deutschland. Anders als sein in Deutschland geborener Sohn, der mittlerweile in der Türkei lebt, entschied sich Boy dafür, in Deutschland zu bleiben. Der 25-minütige Film, der durch das NRW-Landesprogramm Kultur & Schule gefördert wurde, gibt einen Einblick in die Lebensrealität eines Einwanderers. So macht er neugierig auf die vielfältigen Migrationsgeschichten, die überall in der Nachbarschaft anzutreffen sind. Der Film eignet sich für die Bildungsarbeit, um die alltäglichen Erfahrungen von MigrantInnen zu thematisieren ebenso, wie als Einstieg in die Arbeit mit Zeitzeugen der Migration.

**Der Film kann über
das DGB-Bildungswerk
ausgeliehen werden:
www.migration-online.de/
medienvorleih
Foto: Filmstill**

„WER IN DER DEMOKRATIE SCHLÄFT, WACHT IN DER DIKTATUR AUF“

Berufsbildende Schule Zweibrücken für Engagement gegen Rassismus geehrt.

Berufsbildende Schule Zweibrücken für Engagement gegen Rassismus geehrt. Die Berufsbildende Schule in Zweibrücken ist in diesem Jahr mit der Georg-Bernard-Plakette des IG Metall Bezirks Frankfurt ausgezeichnet worden. In Gedenken des Gewerkschafters Georg Bernard, der im Konzentrationslager Dachau ermordet wurde, verleiht die IG Metall den mit 1000 Euro dotierten Preis an Gruppen und Organisationen, die sich gegen Rassismus einsetzen. Die IG Metall würdigt damit das Engagement der Schüler und Lehrer gegen Neonazis in der Region. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Homburg/Saarpfalz, Werner Cappel, erklärte in der Laudatio, die IG Metall unterstütze die Projekte der Schule und ihr Engagement im Bündnis gegen Rechts „Buntes Zweibrücken“. Die Bürger dürften nicht zulassen, dass sich Neonazis in Zweibrücken breit machen. „Ihr werdet die Nazis nur auf und bringt die Stadt in Misskredit, waren keine Einzelmeinungen. Walter Rimbrecht und seine MitstreiterInnen ließen sich aber davon nicht beirren.“ So

fasste Werner Cappel die Widrigkeiten, mit denen die Berufsschule zum Teil konfrontiert war, zusammen und unterstreicht dadurch noch einmal das besondere Engagement heraus, das die Schule im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus leistet. In der Westpfalz und in Zweibrücken sind immer wieder Neonazis und rechtsextreme Gruppierungen aktiv.

Der Schulleiter der Berufsbildenden Schule Zweibrücken, Walter Rimbrecht, verwies in seiner Rede darauf, dass Lehrer und Schülervertretung gemeinsam die Projekte entwickelten. Seit Jahren engagiert sich die Schule in vielen Bereichen gegen Gewalt, Drogen und Rassismus. Entwickelt hat sich dieses Engagement auch aus dem Leitbild der Schule, der selbstbestimmten Schülerpersönlichkeit. Mittlerweile hat sich aus der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt, dem Ärztenetzwerk, den Gewerkschaften und der Justiz ein festes Bündnis gegen Rechts entwickelt.

**Kontakt:
www.igmetall-homburg-saarpfalz.de**



IMPRESSUM HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Heike Mauer

FOTOS

Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900